

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Riesa.
Gesamt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkonton: Dresden 1530
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 182.

Mittwoch, 10. Juni 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kasse. Für den Fall des Entretens von Produktionsverletzungen, Beschädigungen der Abzüge und Materialverlusten behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen in die Nummer des Tagesblattes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. am ersten, 4. am hohen Grundpreis, 16. 16. 16. Gold-Pfennige, die 28. am freien Resttag 100 Gold-Pfennige; Zeitraumber und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife, Hemmliche Rabatt, wenn der Betrag vergrößert, durch Abgabe eingezogen werden muß aber der Auftraggeber in Kenntnis gesetzt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“ - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Besondereinrichtungen - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Abonnementdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostebstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübnermann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Übertreibungen des Militärkontrollberichtes.

Von unserem Berliner Vertreter.

Der Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission, der jetzt veröffentlicht worden ist, wird von den zuständigen deutschen Stellen außerordentlich skeptisch beurteilt. Man weiß darauf hin, daß dieser Bericht schon im Januar verfaßt worden ist und bis jetzt schon eine Reihe von Beanstandungen durch die deutschen militärischen Stellen befreit worden sind. Die schwerwiegendste Beanstandung, die in dem Bericht enthalten ist, ist die der angeblichen Obstruktion der Kontrollmaßnahmen durch deutsche Behörden. Gegenüber diesem Vorwurf wird von deutscher Seite darauf hingewiesen, daß die interalliierte Generalinspektion während der Zeit ihrer Tätigkeit in Deutschland 2000 Kontrollbesuche vorgenommen hat, ohne daß auch nur ein Fall bekannt geworden wäre, wonach diese Kontrollbesuche ihren Zweck nicht erreicht hätten. Das Auftreten der interalliierten Militärkontrollorgane sei zeitweise sehr scharf gewesen, doch habe die Generalinspektion bis zum Schluß reibungslos durchgeführt werden können.

Die deutschen Regierungsstellen gehen auch auf die Anschuldigung ein, wonach den Kontrollorganen die Einsicht in bestimmtes Aktenmaterial verweigert worden sei. Alle Dokumente, die auf Grund der Versailles Bestimmungen zur Einsicht angefordert wurden, sind von den deutschen Militärbehörden vorgelegt worden. Darüber hinaus wurde jedoch das gesamte Aktenmaterial der Behörden, Regimenter usw. zur Einsicht gefordert, wozu nach deutscher Auffassung die Kontrollorgane nicht berechtigt waren, da sich in diesem Aktenmaterial auch private Familienangelegenheiten der Reichswehrangehörigen befinden haben, die man Unberufenen nicht zur Kenntnis geben wollte.

Im Jahre 1923 waren die Bestände der Reichswehr auf die Hälfte herabgesunken, so daß in der damaligen ersten Zeit der Entschärfungen die Notwendigkeit eintrat, die Bestände aufzufüllen. Nur durch diesen Umstand erklärt es sich, daß die Fabrikation des Ausrüstungsmaterials wieder aufgenommen wurde und zwar nach vorheriger Mitteilung an die Interalliierte Militärkontrollkommission.

Wenn in dem Kontrollbericht weiter beanstandet wird, daß die Einrichtung der Traktionskompanien der Reichswehr eine Umgehung des Versailles Vertrages bedeutet, wird hiergegen ebenfalls von deutscher Seite Widerspruch erhoben. Man erklärt, daß keinerlei Grund vorliegt, die Einrichtung der Traktionskompanien bei der Reichswehr irgendwie mit verbotenen Rüstungen in Zusammenhang zu bringen. Die weitere Anschuldigung, daß die alte Landwehrorganisation noch bestehe, kann angesichts der Tatsache, daß diese Organisation schon vor 25 Jahren durch die Bestandskommandos ersetzt wurde, nur darauf zurückgeführt werden, daß die Militärkontrollorgane irrtümlich auf dem Lande noch die alten Schützen „Landwehrkompanien“ angetroffen haben.

In den Festungen sind lediglich Erhaltungsarbeiten vorgenommen worden, deren Ungefährlichkeit die Besatzungsbehörden nachdrücklich zugeben mußte. Die Forderung, daß nach der vollständigen Aufhebung des Krieges die Ausführungsgesetze einzelner Länder dazu aufgehoben werden müßten, erledigt sich von selbst. Mit der Aufhebung eines Kriegesgesetzes sind nach deutschem Recht selbstverständlich auch die dazu ergangenen Ausführungsgesetze hinfällig.

Gegenüber dem Vorwurf, daß gewisse Gesetze zur Durchführung der Entschärfungsbestimmungen noch nicht durchgeführt sind, wird deutscherseits darauf hingewiesen, daß bereits am 26. Juni 1921 durch Reichsgesetz die Fabrikation sowie die Ein- und Ausfuhr von Waffen- und Kriegsmaterial genau geregelt sind. Einzelne Punkte dieses Gesetzes wurden von der Kontrollkommission beanstandet, doch wird hierüber seit langer Zeit verhandelt. Die deutschen Stellen kommen zu dem Schluß, daß der Vorwurf des Kontrollberichtes, die deutsche Regierung zeige schlechten Willen, auf starken Übertreibungen beruhe.

Die britische Arbeiterschaft gegen die Wappolitik.

LONDON. (Funkdruck.) Daily Herald vertritt in fettgedruckter Überschrift, daß die Arbeiterpartei die Wappolitik angreife. Das Blatt weist auf die abweichende Auslegung der in Genf erzielten Übereinkunft seitens des Quai d'Orsay und des Foreign Office hin. Daily Herald teilt mit, daß die Arbeiterpartei, die die Opposition gegenüber der gesamten Wappolitik und der Unterzeichnung des Genfer Protokolls erklärt habe, beantragt habe, die Frage im Parlament zu erörtern.

Ottawa. (Funkdruck.) Im Unterhaus erklärte der Premierminister Mackenzie King in Erwiderung auf eine Anfrage, Kanada sei nicht Teilhaber an dem Weltvertrag zwischen Großbritannien und Frankreich bezüglich der Garantie der Rheingrenzen.

Die Flaggenfrage vertagt.

Berlin. Wie wir hören, ist auf Wunsch der Reichsregierung die Frage der Verwendung der Reichsflaggen, die vom Reichsminister des Innern sowie von den Reichsparlamenten angesprochen worden war, auf unbestimmte Zeit vertagt worden, solange die außenpolitischen Schwierigkeiten nicht überwunden sind, sollen bezw. innenpolitische Erörterungen zurückgestellt werden.

Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, 9. Juni 1925.

Von Regierungssitze: Reichswehrminister Dr. Gessler, Admiral v. Reuter.

Präsident Gessler eröffnet die erste Sitzung nach den Ferien am 2. Uhr 20 Min. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt es jedoch ein längeres ziemlich ereignetes Vorspiel. Der Abg. Deuninger (DfP.) beantragt, wie bereits kurz berichtet, Abschaffung des Marine-Etats, der auf der Tagesordnung steht, und sofortige Überweisung der Reichsregierung, die sich zur Entschärfungsnote äußern solle. Diese Note sei eine Verleumdung des deutschen Volkes, auf die sofort erwidert werden müsse.

Abg. Stöcker (Komm.) kommt auf die Zusammenhänge in Zeiten zu sprechen und richtet heftige Vorwürfe gegen die preussische Politik, die in vielerlei Weise gegen die Arbeiter gewandt habe. Im Hause entsteht bei diesen Ausführungen große Erregung, da nach dem Bericht des preussischen Innenministers Gering im Gegenteil der rote Frontkämpferbund den ersten Anstoß gegeben hat. Der Redner verlangt sofortige Besprechung dieser Vorgänge.

Abg. Müller-Franke (Soz.) lehnt die politischen und kommunikativen Anträge ab. Die Entschärfungsnote werde schon morgen im Auswärtigen Ausschuss besprochen werden. (Die Kommunisten rufen: Das ist ja eine Dunkelkammer!) Sie sind ja auch in dieser Dunkelkammer drin! (Heiterkeit.) Beim Reichstagsministerium des Innern werde dann Gelegenheit sein, festzustellen, ob der Abg. Stöcker über die Letzterwähnten die Wahrheit gesagt habe. (Großer Lärm der Komm.) Die politischen und kommunikativen Anträge werden darauf abgelehnt, es folgt die

zweite Lesung des Marinehaushalts.

Zur Entscheidung steht noch der sozialdemokratische Antrag, das Gehalt des Reichswehrministers zu kürzen und das kommunistische Misstrauensvotum gegen den Reichswehrminister.

Abg. Trevisan (Dnat.) stellt fest, daß trotz der erheblichen Verringerung des Personalbestandes der Marine doch eine Mehrausgabe von 30 Prozent gegenüber dem vergangenen Jahre gefordert werde. Im Ausschuss habe Übereinstimmung darüber geherrscht, daß die Reichsmarine zu erhalten und auszubauen sei. Der Redner fordert Ertrag der alten Torpedoboote, auch die kleinen Kreuzer und die Dampfschiffe seien erforderlich. Er begründet die Wiederabnahme des Auslandsdienstes und verweist auf die begünstigte Aufnahme und Aufnahme durch die Auslandsdeutschen. Die Jugend, besonders aus Süddeutschland, dränge sich zur Marine. Möge der neue Kreuzer „Gudenburg“ im nächsten Jahre, so schließt der Redner, in dieser Richtung eine neue Epoche einleiten. Wir wünschen unserer Kriegsmarine eine ruhmvolle Zukunft. (Leb. Weisf.)

Abg. Brüninghaus (DfP.) bezeichnet es als eine Inkonsequenz, wenn die Sozialdemokratie die Ertragsboote für die überalterten Schiffe ablehnt. Dann müsse man eben, wie die Kommunisten, überhaupt die Marine ablehnen. Selbst eine englische Fachzeitschrift schrieb vor kurzem, daß es für Deutschland an der Zeit sei, an den Ertrag seiner alten Schiffe heranzugehen. Nach dem Versailles Vertrag sollte die Abrüstung Deutschlands der Beginn der allgemeinen Abrüstung sein, tatsächlich erleben wir aber das Gegenteil. Durch das Verbot von der Abrüstung soll nur Deutschland lein gehalten werden. Amerika habe die größten Flottenänderungen veranfaßt, die bisher in der Welt gesehen wurden. Unsere Marinebauten seien verwerflich Anlagen, da es in den Handel im Ausland fördere, wenn dort unsere Flagge gezeigt werden kann. Der Redner rühmte das Verdienst des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, daß er ein neues Schiff „Emden“ gekauft habe. Möge die neue „Emden“ sich ebenso tüchtig erweisen wie die frühere. (Beifall.) Wir müssen unsere Marine so auf der Höhe erhalten, daß sie unter Umständen auch unsere Küsten wirksam schützen kann. (Beifall.)

Abg. Gerschburg (Komm.) lehnt alle Marineforderungen ab. Im Ausschuss habe der Wehrminister wie ein Orientierte dagesessen und die Friedensschwalme gebalbt, und die Vorschläge des Hindenburgblocks von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten seien ihm willig gefolgt. Der sozialdemokratische Antrag auf Streichung des Marinehaushalts sei nur ein Scheinmandat, um die Arbeiter zu täuschen. Wenn es die Sozialdemokraten ehrlich meinten, dann hätten sie den Kopf Gessler schon beim deutsch-spanischen Handelsvertrag haben können. Unter der schwarz-weiß-roten Fahne seien im Kriege Greuel verübt und der U-Bootkrieg rücksichtslos durchgeführt worden. (Entrüsteter Widerspruch rechts.) Gessler zeige sich jetzt als Siegfried, der die Marine ausbauen wolle. Aufeinander wolle man gemeinsam mit England gegen Rußland rücken.

Abg. Dr. Moses (Soz.) erörtert die Selbstmordfälle in der Marine. Seit 1923 sei leider eine Zunahme der Selbstmorde um 50 Prozent zu verzeichnen. Es sei erschreckend, wenn im letzten Jahre in dem kleinen deutschen Meer nicht weniger als 160 Selbstmorde vorgekommen sind. Fast die Hälfte der Fälle sei auf Furcht vor Strafe und Unzufriedenheit mit der Laufbahn zurückzuführen. Es dürfe sich weniger um körperliche als um seelische Mißhandlung handeln.

Abg. Dr. Schreiber (Str.) bemerkt, daß wir nur eine Kleinmengenmarine haben. Die Marine habe sich aber durchgerungen durch alle Schwierigkeiten, so daß sie das Vertrauen der Nation haben. Nur dieser Wille könne behaupten, unsere

Marine eine imperialistischen Zwerge. Der Redner fordert für die Marine zeitgemäße Erneuerung des Materials und das Recht auf Verjüngung. Er begründet die Auslandsfahrten unserer Kriegsschiffe, deren Aufnahme im Ausland bewisse, daß wir Deutschen doch nicht die Parias der Völker sind. Der Redner fordert genaue Untersuchung aller Selbstmordfälle. Um den Mannschaften Abwechslung zu bieten, müsse das Bildungsweesen ausgebaut werden. Der Redner richtet einen Appell an die Länder und Gemeinden, für die Unterbringung von abgehenden Marineangehörigen nach Kräften zu sorgen.

Reichswehrminister Dr. Gessler erkennt an, daß das ganze sittliche und seelische Niveau der Reichswehr und Marine noch gehoben werden müsse. Dazu müsse aber auch den Offizieren und Mannschaften ein Mindestmaß wirtschaftlicher Sicherheit geboten werden.

Bei der Ausbildung macht die Lehrstrafe noch Schwierigkeiten, da die gegenwärtigen Offiziere bisher nur für den Krieg ausgebildet sind. Die Selbstmorde seien ein schwarzer Fleck auf unserem Schild, der vermindert werden müsse. Der Hauptgrund für die gesteigerte Selbstmordrate liege in der zwölfjährigen Dienstzeit. Auch der Alkoholismus trage Schuld. Es müsse unbedingt Wandel geschaffen werden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Die geforderten Neubauten - ein kleiner Kreuzer und fünf große Torpedoboote - werden gegen Sozialdemokraten und Kommunisten bewilligt, ebenso das Gehalt des Ministers. Das kommunistische Misstrauensvotum wird gegen die Antragsteller abgelehnt. Damit ist der Marineetat erledigt.

Zur ersten Beratung stehen dann Gesetzentwürfe zur Vereinfachung des Militärstrafrechts

und über Militärgerichte und militärgerichtliches Verfahren.

Abg. Rosenfeld (Soz.) sieht in den Vorlagen eher einen Rückschritt als einen Fortschritt. Die Verschleppung des Verfahrens erfolge auf Kosten der Nichtigkeit. Der Redner fordert die Wahl von Vertrauensleuten für Soldaten. Der militärische Kalkül dürfe nicht wieder aufgerichtet werden.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) verteidigt die Militärgerichtsbarkeit gegen Vorwürfe des Verordnungs. Der Offizier sei der Erzieher des Soldaten, warum soll er da nicht auch sein Richter oder sein Verteidiger sein.

Abg. Bierath (Komm.) nennt die Vorlagen eine elende Stümperlei und verlangt überhaupt Vereinfachung der besonderen Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Brüninghaus (DfP.) sieht in den Vorlagen zweifellos eine Verbesserung. Es sei unerhört, zu behaupten, daß die Entwürfe einen Rückfall in die finstere Zeit des Mittelalters bedeuten. Den Mannschaften würden durch die Neuordnung manche Härten erspart.

Abg. Dr. Saad-Baden (Dem.) betont, daß es sich hier nur darum handle, unbedeutende militärische Vergehen, nicht den langwierigen zivilrechtlichen Verfahren zu überweisen, sondern rasch zur Entscheidung zu bringen.

Abg. Dr. Bell (Str.) glaubt, daß eine sachliche Erörterung dieser Fragen nur im Ausschuss möglich sei. An dem guten Willen des Wehrministers sei nicht zu zweifeln. Die Vorlagen geben dann an den Rechtsausschuss. Das Haus vertagt sich.

Mittwoch 2 Uhr: Kleine Vorlagen. Schluß gegen 6 1/2 Uhr.

Der Deutsche Hundflug beendet.

Berlin. Mit dem gestrigen Tage hat der vom Deutschen Aeroklub veranstaltete Deutsche Hundflug seinen Abschluß erreicht. Als vorläufiges Wertungsergebnis gibt die Wertungsjurie des Aeroklubs eine Ueberzahl, nach der in Gruppe A unter den fünf besten Wertungen Vörzer auf Mercedes-Daimler an erster Stelle, Schenk, auf Daimler L 20 an zweiter und Gurriger auf Mercedes L 20 an dritter Stelle steht. In Gruppe B führt von sieben Wertungen Hochmuth an Udet-Fingergelbau vor Baumes auf Daimler B 11 und Rahnstein auf Dietrich DF 7a. In Gruppe C sind unter den 13 Preisanwärtern Ritter auf Kopter Ibeiß, Wenke auf Junkers K 18 und Schabel auf Junkers T 20 an erster Stelle genannt. Die Wertung ist vorbehaltlich der Nachprüfung durch das Preisgericht erfolgt.

Eine amerikanische Stimme gegen die Schandnote.

New York. Die „New York World“ nimmt als einzige Zeitung den Kampf gegen die Entschärfungsnote auf und erklärt: Die Alliierten dürfen nicht glauben, daß Amerika irgend etwas für die Entschärfungspolitik der Alliierten übrig habe.

Das ist nicht Friedenspolitik! Das Vorgehen der Alliierten bedeutet nicht Entschärfung Deutschlands, um Angriffe zu verhindern, sondern Entschärfung Deutschlands, um es niederzufahren.

Die Note wurde von Frankreich inspiriert, das davon ausgeht, daß Deutschland für unbestimmte Zeit hilflos gemacht werden müsse. Innerhalb des bewaffneten nationalen Kontinents muß ein schwaches Deutschland die Fäden bilden zwischen Frankreich und der Kleinen Entente. Die Note verlangt von Deutschland, daß es eine Stellung einnehme wie Belgien oder Marokko.